



Augsburg, den 10. Juni 2010

Pressemitteilung

SPD Augsburg appelliert an Ruck und Gruß: Keine Stimme im Bundestag aus Augsburg für dieses unsoziale Sparpaket!

Ulrike Bahr und Heinz Paula: Kürzungen bei Familien und Arbeitssuchenden sind unmoralisch – erst recht dann, wenn gleichzeitig Vermögen und hohe Einkommen geschont werden

Die SPD fordert mit einem offenen Brief die beiden Augsburger Abgeordneten aus dem Regierungslager, Miriam Gruß und Christian Ruck, dringend dazu auf, dem Sparpaket der Bundesregierung im Bundestag ihre Zustimmung zu verweigern. Die Augsburger SPD-Vorsitzende Ulrike Bahr und Bundestagsabgeordneter Heinz Paula schreiben an beide Abgeordnete der Regierungsparteien, die zugleich Vorsitzende der Stadtverbände von CSU und FDP sind: „Es ist für uns unerklärlich, wie Sie als stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktionen ein solches Vorhaben mittragen können. Sie, Herr Dr. Ruck, sollten sich wenigstens durch die Einwände der Sozialverbände und des CSU-Sozialreferenten umstimmen lassen. Wie wollen Sie erklären, dass Wohngeldempfänger ihren Heizkostenzuschuss verlieren, Hoteliers aber ihre Steuervergünstigungen behalten?“

Wie rechtfertigt die familienpolitische Sprecherin der FDP, dass gerade den einkommensschwächsten Haushalten das Elterngeld gestrichen wird?

„Und Sie, Frau Gruß, müssen sich gerade als familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion in Ihrem Wahlkreis fragen lassen: Wie kann es sein, dass gerade Familien von Hartz-IV-Empfängern die Zeche der Wirtschaftskrise zahlen sollen, indem ihnen das Elterngeld gestrichen wird? Einkommensstarke Haushalte dürfen es aber behalten und werden auch sonst bei den Maßnahmen des Sparpaketes verschont!“

Die SPD-Politiker weisen darauf hin, dass Teile des Sparpaketes ein Verschiebbahnhof sind, bei dem Städte wie Augsburg belastet werden: Durch die Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Arbeitslosengeld-II-Empfänger werden Empfänger kleiner Renten in die Altersarmut gedrängt. Ihre Grundsicherung wird die Kommunen finanziell belasten.

Bahr und Paula bezeichnen die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen als „in hohem Maße unmoralisch - wer so vorgeht, stellt den sozialen Zusammenhalt in Frage und damit die Grundlage unserer Gesellschaft.“